

# WESTEND

## Im Zangengriff des Magistrats

Die Geschichte des Münchner Westends war knapp 140 Jahre lang die Geschichte erbitterter Klassenkämpfe. Jedoch konnten die Arbeiterinnen und Arbeiter keine der vielen Auseinandersetzungen schließlich zu ihren Gunsten entscheiden. Dennoch war das Viertel über Jahrzehnte hinweg ein grober Kanten, an welchem sich die Machthabenden erst einmal messen mussten. Heute ist der Widerstand der Bevölkerung weitgehend gebrochen. 40 Jahre sozialdemokratische Stadtplanung hat es gedauert. Eine Erzählung in Schlaglichtern von Florian Feichtmeier.





Pater Rupert Mayer



Nazischmierereien  
am Portal der  
Rupertuskirche



Im heutigen Stoa  
befand sich noch bis  
1986 das Arbeiter-  
lokal Hohenburg

**D**as Münchner Westend hebt sich aufgrund seiner Entstehungsgeschichte von vielen anderen bayerischen Stadtvierteln ab. Am Anfang des 19. Jahrhunderts wurde die Fläche von ein paar wenigen Bauernhöfen bewirtschaftet, entlang der späteren Westendstraße befanden sich kleine Häuser von Sandgrubenbesitzern, Tagelöhnern und Menschen mit ähnlich geringem Einkommen. Der Münchner Galgen stand unweit davon entfernt, was die Attraktivität der Gegend bereits andeutet. Ab 1840 wurden Fabriken errichtet, weil sie anderenorts gestört hätten, wie zum Beispiel eine Schwefelsäurefabrik und eine Fassfabrik. Terraingesellschaften erkannten das Potenzial der Industrialisierung vor Ort, kauften 1870 große Grundstücke auf und legten eine rudimentäre Infrastruktur an, wie unter anderem Vorläufer der heutigen Hacker- und Donnersberger Brücke („Eisener Steg“). Nach getaner Arbeit verkauften sie die engen Parzellen mit erheblichem Gewinn an Figuren des Münchner Bürgertums. Im Grunde war die Entstehung des Stadtteils – und das macht ihn besonders – die Folge eines kapitalintensiven Spekulationsgeschäfts. Das Bürgertum ließ wiederum einfache Mietshäuser bauen, um sich mit den Mieteinnahmen der Arbeiterinnen und Arbeiter die Altersversorgung zu finanzieren, weshalb die Häuser auch „Rentenhäuser“ genannt wurden. Es entstanden weitere Fabriken, zum Beispiel die Augustiner Brauerei oder die Metzeler Gummifabrik, deren Duftmarken den anderen Fabriken um nichts nachstanden. Für das Bürgertum kam die Gegend als Wohnort kaum in Frage. Von dem anfänglichen Plan, auch eine Villen-Siedlung zu errichten, nahm man bald Abstand. Das Westend entwickelte sich zu einem reinen Arbeiterviertel, mit Wohnkasernen, einigen Manufakturen, einer „Kinderbewahranstalt“ und ersten Genossenschaftswohnungen.

#### Aufstieg der Arbeiterbewegung und des „roten Viertels“

Das dichte Zusammenleben und -arbeiten in einer Zeit, in der die Klassengegensätze sehr deutlich sichtbar waren, führte zu einer starken Politisierung der Bevölkerung. Neben diversen kleineren Strömungen trat die sozialistische Bewegung am stärksten hervor. Die Menschen organisierten sich in roten Parteien, Gewerkschaften und Sport-, Schach-, Wander-, Spar- und Singvereinen, sowie in Genossenschaften. In einer Chronik der evangelischen Kirche hieß es derzeit:

*„Die politische Ausrichtung der Westendbevölkerung ist stark linksradikal und arbeitet mit allen Mitteln gegen die Kirche. Aus den gegebenen Gründen ist die Pflege der gefährdeten Jugend ein besonderes Anliegen.“*

Die katholische Kirche teilte die Ansicht ihrer evangelischen Konkurrenz und schickte im Jahre 1912 den Stuttgarter Pater Rupert Mayer mit dem Auftrag, die „Arbeiterwelt zurückzuerobern“. Es entstanden zahlreiche an Parteien gebundene Kneipen, wie zum Beispiel die „Hohenburg“. Deren Interieur soll ein Plakat mit der Aufschrift: „Deutsche Facharbeiter – auf in die Sowjetunion“ gezeigt haben. Ebenso bedeutsam war der „Brückenwirt“, der sich im KPD-dominierten Einzugsgebiet um die Guldeinschule befand. Das Ergebnis im Wahllokal „Brückenwirt“ war im November 1932 noch folgendes: Kommunisten 511, Sozialdemokraten 310, Nationalsozialisten 136, Deutsch-Nationale 13 und Bayerische Volkspartei 155 Stimmen. Das Bezirksbüro München der Roten Hilfe, einer deutschlandweiten Rechtsschutzorganisation der Arbeiterbewegung, befand und befindet sich auch heute noch im Westend.

#### Im Fadenkreuz der erstarkenden nationalsozialistischen Bewegung

Die Arbeiterinnen und Arbeiter des „roten Viertels“ gerieten häufig mit der SA aneinander – wobei sich die nationalsozialistischen Kader zumeist auf die Unterstützung der Münchner Polizei verlassen konnten, da diese nach der Niederschlagung der Münchner Räterepublik die Arbeiterbewegung als starke Bedrohung ansah. Nach den Reichstagswahlen am 31.7.1932 schmissen die Nazis um 0:30 Uhr die Fenster der „Hohenburg“ ein. Als die Gäste des Lokals die Attentäter aufhalten wollten, war die Polizei zur Stelle und prügelte die Arbeiterinnen und Arbeiter mit Gummiknüppeln und Säbeln. Bis drei Uhr morgens zog die sogenannte „blaue Polizei“ daraufhin durchs Viertel, jagte Kommunistinnen und Kommunisten bis in ihre Treppenhäuser und nahm den Nazis die Arbeit ab. Die braunen Attentäter hatten von der Polizei indes keine Sanktionen zu erwarten.

Ein weiteres Beispiel: Am Sonntag, den 15. Januar 1933 veranstalteten die Nationalsozialisten eine Demonstration mit etwa 5.000 Teilnehmenden, darunter schwer bewaffnete „braune Bataillone“. In den bürgerlichen Vierteln flankierte die Polizei die Demonstration, um die Bevölkerung vor den Nazis zu schützen. Beim Eintritt der Demonstration in das Schlachthofviertel zog sich die Polizei überraschend zurück und die mit Stahlhelmen ausgerüsteten Nazikorps prügelten in die Reihen der Arbeiterinnen und Arbeiter, da diese der Demonstration merklich kritischer gegenüberstanden als die Bevölkerung in den bürgerlichen Stadtvierteln. Im Westend, in dem es



bewaffnete sozialistische Selbstverteidigungsbünde gab, vereitelte die Polizei am Tag der Nazi-Demonstration vom Morgen an die Gruppenbildung auf den öffentlichen Plätzen. „Dreigroschengesichter, wo man hinspuckte“ schrieb dazu die proletarische „Neue Zeitung“ am Tag darauf. Für gewöhnlich gelang es den Selbstschutzorganisationen im Westend, sich passabel gegen die Übergriffe der Nazis zu verteidigen. Zuletzt kam es bei sozialistischen Veranstaltungen, wie zum Beispiel im Hacker- oder Bavariakeller, zu regelrechten Saalschlachten, als die SA die Veranstaltungen sprengen wollte.

#### Verfolgung, Vernichtung und Widerstand

Nachdem die Nazis vom Souverän das Regierungsmandat erhalten hatten, wurden zahlreiche Funktionäre der sozialistischen Organisationen des Westends im KZ Dachau inhaftiert. Wie zum Beispiel der Kommunist Arno Hauke (Tulbeckstraße 42), der mit der Häftlingsnummer 23 einer der ersten Gefangenen im frisch errichteten Konzentrationslager war, oder auch

Hans Kaltenbacher (Gollierstraße 49) mit der Häftlingsnummer 169. Er wurde als „Blockältester“ erst zwölf Jahre später entlassen. Aber nicht nur der Arbeiterbewegung rückten die Nazis zu Leibe. Auch der bereits erwähnte Pater Rupert Mayer geriet den Nazis in die Hände, weil er nicht nur die „Arbeiterwelt“ gegen kommunistische Einflüsse verteidigen wollte, sondern ebenso gegen die nationalsozialistische Ideologie anpredigte. Dieser gab nach seiner Festnahme im Jahre 1937 bei der Gestapo eine bemerkenswerte schriftliche Erklärung ab:

*„Ich erkläre, dass ich im Falle meiner Freilassung trotz des gegen mich verhängten Redeverbots, nach wie vor, sowohl in den Kirchen Münchens als auch im übrigen Bayern, aus grundsätzlichen Erwägungen heraus, predigen werde. Vorgelesen genehmigt und unterschrieben. Rupert Mayer.“*

Die Jüdinnen und Juden des Westends waren – wie Jüdinnen und Juden in anderen Teilen Deutschlands auch – während des Nationalsozialismus einer

Im Bild:

*Der ehemalige „Riedwirt“ sowie der ehemalige „Döner macht schöner“*

Noch nicht im Bild:

*Die Luxusimmobilie, die hier entsteht*



Schwanthalerhöhe  
*einst und heute:*  
*Wo sich einst der*  
*lauschige Biergarten*  
*des Hackerbräu*  
*Kellers befand,*  
*türmt sich heute ein*  
*amtliches Beton-*  
*gebirge.*

besonders starken Verfolgung ausgesetzt, die zudem vom Wunsch nach der „Vernichtung der jüdischen Rasse“ flankiert war. Zu Beginn der Nazizeit lebten in München unterschiedlichen Schätzungen zufolge zwischen 9.000 und 10.000 Jüdinnen und Juden. Am Ende dieser Epoche waren es exakt 84. Davon betroffen war auch der am Rande des Westends wohnhafte Dr. Max Klar, Funktionär im „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“. Klar „verstarb“ gleich nach seiner Einlieferung im KZ Dachau. Allein die Ermordung von 17 jüdischen Bewohnerinnen und Bewohnern der sogenannten Moll-Blöcke, einer Siedlung innerhalb des Westends, ist inzwischen gut dokumentiert. Hinzu kommen viele weitere jüdische Opfer, über deren Lebenswege das anhängende Literaturverzeichnis ansatzweise Aufschluss gibt. Im „roten Viertel“ betätigten sich verschiedene sozialistische und kommunistische Widerstandsgruppen weiterhin. Bis spätestens zum Kriegsbeginn 1939 wurden diese aber weitestgehend zerschlagen.

#### Wiederaufbau im Nachkriegsdeutschland

Nach dem Krieg gehörte das Westend zu jenen Vierteln, denen der Krieg bis in die 1970iger Jahre hinein noch deutlich anzumerken war. Während in vielen anderen Stadtteilen der Wiederaufbau in vollem Gange war, die Wohnungen mit Bädern und Toiletten versehen oder ganze Straßenzüge neu hochgezogen wurden, hielt man das Westend nur sehr notdürftig in Stand. Die Bevölkerung war mehrheitlich auf das öffentliche Bad in der Westendstraße angewiesen. In den Hinterhöfen richteten sich wieder zahlreiche Gewerbetreibende ein – mit Autowerkstätten, Wäschereien, Schlossereien bis hin zu ganzen Druckwerken – die oft in illegal und quasi über Nacht errichteten Garagen zu Werke gingen. Die Stadtverwaltung und auch die Immobiliengesellschaften kümmernte das Viertel wenig. Zumal im Westend viel Leerstand herrschte, die Bodenpreise niedrig waren und die dicken Rauchschwaden der Fabriken nicht den

Eindruck erweckten, dass sich daran schnell etwas ändern würde. Einige, die vom Wirtschaftswachstum der Nachkriegszeit profitieren konnten, zogen in die Vorstädte.

Der Leerstand und die relativ preiswerten Mieten sind auch die Erklärung, warum sich in den 60er- und 70er-Jahren überproportional viele Migrantinnen und Migranten im Westend niederließen. Ihr Anteil stieg in nur wenigen Jahren auf über dreißig Prozent, womit das Westend das Viertel mit dem höchsten Anteil an Nicht-Deutschen in München wurde, was es bis heute noch ist. Die Einwandernden kamen aus Griechenland, gefolgt von Personen aus dem damaligen Jugoslawien und der Türkei. Ein Sprecher der Brauerei Hacker-Pschorr behauptete damals, es würden täglich bis zu 15 Omnibusse im Viertel ankommen, was vermutlich eine Übertreibung war. Sicherlich richtiger lag Oberbürgermeister Vogel, der nur trocken feststellte: „Es gibt griechische Häuserblocks und türkische Straßen“. Zeitgleich warnte sein Stadtplaner Albreß: „Was die *N-Wort* für Amerika sind, sind die Ausländer für uns! Wir müssen aufpassen, dass wir kein zweites Harlem heranziehen!“.

#### Willkommen in Germany!

Die meisten Neuankömmlinge im Westend waren in den örtlichen Fabriken beschäftigt. Fabrikbesitzer sahen in den „Gastarbeitern“ damals eine Art „Reservearmee“, die sie beliebig skalieren wollten. Ein Teil der Ankömmlinge wohnte in Unterkünften auf den Werksgeländen, ein anderer Teil in zuerst preiswerten Wohnungen, bis die Eigentümerinnen und Eigentümer begannen, die Mieten für Eingewanderte über den gesetzlich festgeschriebenen Preis hinaus „anzupassen“. Die ausländischen Familien mussten immer enger wohnen, um die Preise noch zahlen zu können. Ein Bündnis aus türkischen Familien klagte das ihr Recht auf die gesetzlichen Mieten ein und gewann. Die Ausbeutung der „Gastarbeiter“, sowohl

am Fließband als auch auf dem Wohnungsmarkt, blieb aber die Regel. Kommunistische Gruppen versuchten zu dieser Zeit, die ausländischen Beschäftigten in ihre Organisationen einzubinden, was aber im Großen und Ganzen nicht gelang. Die Schulen förderten die Kinder der Eingewanderten noch weniger als heute. 1973 gingen etwa 60 Prozent dieser Kinder nicht in eine ihrem Alter entsprechende Klasse. Ein 9-jähriger Türke aus dem Westend in den 70ern:

*„Fünf Jahre bin ich da und gehe in die 3. Klasse. Zuerst bin ich in die Schule gegangen und die Lehrerin hat gesagt: Weil ich nicht deutsch rede, muss ich in den Kindergarten. Da war ich acht Monate. Dann bin ich in die erste Klasse gekommen und konnte immer noch nichts.“*

#### Angriff der Riesenkarikatur

Ende der 60er Jahre entdeckte die Stadtplanung das Westend neu. Ausschlaggebend waren im Wesentlichen zwei Aspekte: Es wurden der 1. Münchner Stadtentwicklungsplan sowie ein Flächennutzungsplan verabschiedet, die das starke Wachstum der Stadt unter Berücksichtigung von Angebot und Nachfrage unter Kontrolle bringen sollten. Außerdem galt es München auf die Olympiade 1972 vorzubereiten. Heute wird die damalige Planung in Wissenschaftskreisen häufig als Paradebeispiel einer gescheiterten „sozialräumlichen Intervention“ angeführt. Eine breite Transitstrecke für den Autoverkehr wurde angelegt (Mittlerer Ring), die das Westend durch die Verbreiterung der Trappentreustraße in zwei Hälften teilte. Nebenbei mussten zwei Biergärten einem hohen Betonkomplex mit Einrichtungshaus (heute XXXLutz) und Supermärkten weichen – woraufhin Demonstrationen folgten. In einer linken Kampfschrift aus dieser Zeit ist von einer „Manhattanisierung“ des Westends die Rede, was die Bevölkerung von Manhattan vermutlich entschieden zurückweisen würde, angesichts der unglücklichen Gestaltung der Gebäude bzw. der „Riesenkarikatur, die den Himmel versperrt“, wie es in einem weiteren Postulat nicht ganz zu unrecht heißt. Die bayerischen Musiker der „Biermösl Blosn“ widmeten dem Gebäude ein Lied mit dem wenig schmeichelhaften Titel „Betongebirge“.

#### Die De-Industrialisierung des Viertels

1970 waren insgesamt 13.400 von 29.000 Einwohnerinnen und Einwohnern des Westends in 1150 Arbeitsstätten vor Ort beschäftigt. In Anbetracht der erwerbsunfähigen Alten, der Kinder, der Arbeitslosen und der Hausarbeit Verrichtenden verdiente eine

deutliche Mehrheit der gewerblich Beschäftigten ihren Lebensunterhalt im Stadtteil. Das änderte sich schlagartig mit der Wirtschaftskrise 1975 und der im gleichen Jahrzehnt stattfindenden Verlagerungswelle der Westend-Betriebe (zum Beispiel Metzeler Gummifabrik 1975, Fassfabrik Drexler 1979). Damit – und mit der zunehmenden Automatisierung – waren Weichen gestellt, die das Wesen des Arbeiterviertels deutlich veränderten. Daran konnte im Übrigen auch der 1973 im Westend gegründete „Arbeiterbund zum Wiederaufbau der KPD“ nicht viel ändern.

Viele der Arbeiterinnen- und Arbeitervereine verloren an Bedeutung, die Kinos, die Theater und die Buchhandlungen schlossen und viele Kneipen gaben auf. Am stärksten betroffen vom Wegfall der ökonomischen Existenzgrundlagen waren die nicht-deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter, um deren Chancen es auf dem Arbeitsmarkt deutlich schlechter stand als um die der Deutschen. Die Eingewanderten füllten daraufhin notgedrungen das ökonomische und kulturelle Vakuum im Viertel, machten sich selbständig in Gastronomie, Handel- und Handwerksbereichen, gründeten Vereine, Kulturläden und Interessenvertretungen.

#### Sanierung und vorbereitende Maßnahmen zur Verbürgerlichung

Obwohl das Westend schon 1971 seitens der Stadt zum Sanierungsgebiet erklärt wurde, griffen die anberaumten Maßnahmen erst nachhaltig in den 80er und 90er Jahren. Hauptziel der Sanierung war neben angestrebten Verbesserungen im sozialen Wohnungsbau die Verbürgerlichung des Arbeiterviertels. Zum einen stand ab 1978 Neuperlach Süd bereit – damals Deutschlands größte Satellitenstadt – um mit Arbeiterinnen und Arbeitern aufgefüllt zu werden. Andererseits stiegen die Bodenpreise und Mieten in bürgerlichen Stadtteilen stark an, sodass vergleichsweise einkommensschwache Teile des Bürgertums in angrenzende Stadtteile expandieren wollten. Das Westend war allerdings aufgrund der chaotischen Individualverkehrslage, der lauten Kleinbetriebe in den Hinterhöfen, der fehlenden Grünflächen, der Etagenklos und anderen Unannehmlichkeiten nicht den Ansprüchen des neuen Klientels gewachsen. Die „Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung“ (MGS) trat somit ab 1980 auf den Plan und sanierte das Viertel – Block für Block. Die noch verbliebenen Betriebe, insbesondere die Betriebe in den Hinterhöfen, sollten geschlossen werden oder in einen Gewerbehof umziehen; die Hinterhöfe wurden entkernt und Grünflächen angelegt. 1986 beschloss die Stadt ein



Blumenkorso der Ortsgruppe Westend: *Der Arbeiter- Rad- und Kraftfahrbund Solidarität im Jahre 1930 in der Tulbeckstraße*



Berlin, Juli 2011

## *Liebe Freundinnen und Freunde,*

*ich möchte euch ganz herzlich zum 25-jährigen Bestehen des Bayerischen Flüchtlingsrates gratulieren. Er hat sich in diesen Jahren zu einer unverzichtbaren Einrichtung bei der konkreten Hilfe und Betreuung für Asylsuchende einerseits, andererseits zu einem wichtigen politischen Sprachrohr ihrer Interessen entwickelt. In der näheren Vergangenheit sind es besonders drei Themen gewesen, die auch mir besonders am Herzen liegen.*

*Als erstes möchte ich die Residenzpflicht nennen. Das Engagement des Flüchtlingsrates Bayern hat ganz wesentlich dazu beigetragen, dass vor über einem Jahr zumindest einige Lockerungen bei der Umsetzung der Residenzpflicht in Bayern durchgesetzt werden konnten. Zumindest ein Teil der Asylbewerber kann sich nun im eigenen Regierungsbezirk bewegen, ohne dafür im Einzelnen um Erlaubnis fragen zu müssen. Auf Landesebene bleibt selbstverständlich das Ziel, landesweit Bewegungsfreiheit durchzusetzen, wie es in Nordrhein-Westfalen bereits erreicht wurde. Und wir werden alle gemeinsam dafür streiten, dass die diskriminierende und menschenrechtswidrige Residenzpflicht bundesweit gekippt wird.*

*Auch in einem weiteren inhaltlichen Feld schätze ich die Zusammenarbeit außerordentlich, auch wenn es dort im Moment leider fast nur traurige Neuigkeiten gibt. Ich rede von den syrischen Flüchtlingen in Deutschland, die von Abschiebung bedroht sind. Derzeit werden hier in Bayern und so weit wir wissen auch in den anderen Bundesländern keine Abschiebungen nach Syrien vorgenommen. Dafür war aber eine schreckliche Verschlechterung der Lage in Syrien notwendig, um Bund und Länder zu diesem Schritt zu bewegen. Zu Recht hat ein Gericht Anfang Mai festgestellt, dass auch schon vor Ausbruch der Unruhen in Syrien Abgeschobene der konkreten Gefahr ausgesetzt waren, Opfer von menschenrechtswidrigen Aktionen der syrischen Sicherheitskräfte zu werden. Argumentationsgrundlage war unter anderem eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung, für die ich auf die Informationen auch aus Reihen des Bayerischen Flüchtlingsrates zurückgreifen konnte.*

*Auch die Aktion „Bayern sucht das Superlager“ (BSDS) hat mir sehr gut gefallen. Sie hat unter Beweis gestellt, dass der Protest gegen menschenunwürdige Politik nicht immer bierernst sein muss, sondern auch kreativ und ironisch sein kann. Die unwürdigen Bedingungen, unter denen Asylsuchende in einem der reichsten Länder der Erde leben müssen, sind ein permanenter Skandal. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Hartz IV ist eigentlich vollkommen klar, dass die extrem niedrigen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz klar verfassungswidrig sind. Doch die Bundesregierung ist auch fast eineinhalb Jahre nach dem Urteil nicht in der Lage, einen entsprechenden Gesetzentwurf auf den Weg zu bringen, der die Sonderbehandlung von Schutzsuchenden beendet. Dabei wäre der doch ganz einfach zu formulieren: Das Asylbewerberleistungsgesetz wird aufgehoben.*

*Es gibt also auch nach 25 Jahren immer noch einiges zu tun. Ich wünsche aber keine weiteren 25 Jahre – sondern den größten denkbaren Erfolg: dass eine Einrichtung wie der Flüchtlingsrat überflüssig wird. Auf dem Weg dahin wünsche ich Euch und Ihnen weiterhin viel Mut, viel Kraft und die nötige Gelassenheit, sich nicht in die Resignation treiben zu lassen.*

**Ulla Jelpke**  
MdB, (Die Linke)

## das letzte viertel

Verkehrsberuhigungskonzept fürs Westend und plan- te Tiefgaragen.

Die privaten Immobiliengesellschaften sowie Eigentümerinnen und Eigentümer zogen bald nach, verabschiedeten sich von den bisherigen Mieterinnen und Mietern – sanft oder unsanft – und sanierten in Erwartung einer hohen Verwertbarkeit der Räume. Gegen diese Entwicklung richteten sich zahlreiche Demonstrationen mit nicht immer blitzgescheitene Motti wie dem „Mieter-Sternmarsch gegen Wohnungsspekulation“ (1981) oder der Demonstration „Der Spekulant geht um“ (1986). Ebenso gründeten sich kritische Initiativen wie das „Westend Komitee“. Im Grunde aber war Ende der 80er die ehemals sehr streitfreudige Bevölkerung bereits stark diszipliniert, auch wenn das dem Viertel noch nicht anzusehen war. Es wirkte immer noch wie ein Arbeiterviertel – mit nur einigen aufgehübschten Fassaden, ein paar klaffenden Neubauschluchten und wenigen aber großräumigen Baustellen.

Der Gentrifizierungsprozess kommt auf Touren

Um die Wohnviertel im Westend entstand – unter anderem auf den Böden der Stadt oder der Bahn – ein Ring an Bürogebäudekomplexen, die aber für die ansässige Bevölkerung keine Arbeitsplatzperspektiven in Aussicht stellen wollten und konnten. Die im gleichen Zug installierten Shopping-Center und Fachmärkte standen wiederum in Konkurrenz mit dem Handel, auf den sich insbesondere der eingewanderte Bevölkerungsanteil nach der Auslagerung der Industrie notgedrungen spezialisiert hatte. 1989 beschloss der Stadtrat eine verschärfte Sanierungs- novelle. Auf die Bevölkerung wirkte gewissermaßen ein fortwährender Zangengriff: Einerseits der Entzug der ökonomischen Grundlagen, andererseits die Steigerung der Mieten durch Aufwertung. Schon im Jahre 1993 warnte der Berliner Soziologe und Architekt Prof. Dr. Klaus M. Schmals vor einer „Gentrifizierungs- schiene“, die den Münchner Stadtteil Haidhausen bereits voll erfasst habe und aber: „abge- schwächter ist dieser Aufwertungsdruck einige Jahre später im Westend und neuerdings in Giesing oder im Glockenbachviertel zu beobachten“. Schmals kritisierte dabei insbesondere die dadurch verstärkte Ghettoisierung am Stadtrand.

Ende der 90er Jahre begann die Verbürgerlichung im Westend deutlich sichtbar zu werden, da die Sanierung fortgeschritten war und sich die Aufwertung voll entfalten konnte. 1998 zog die alte Messe nach Riem. Auf der Fläche entstanden neben Wohnungen

große Bürogebäude, die unter anderem von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG oder der Mannheimer Versicherung bezogen wurde. Deren Angestellte fragten Mittagstisch und Afterwork-Gastronomie nach und einige der Angestellten begannen, frisch renovierte Wohnungen zu kaufen oder zu mieten, deren Mieten für die westendtypischen Milieus nicht mehr erschwinglich waren – und der Kauf utopisch. Bürgerliche Unternehmerinnen und Unternehmer „entdeckten“ das Westend und eröffneten hochpreisige Boutiquen, Cafés und Läden mit teuren Accessoires.

#### Die nächsten und letzten Schritte

Die Deutschen werden die Gewerbe von Migrantinnen und Migranten auf lange Sicht verdrängen. Wie eine Befragung 2006 im Westend ergab, müssen bereits knapp 40 Prozent der Haushalte der ausländischen Gewerbetreibenden mit unter 800 Euro im Monat auskommen, unter deutschen Gewerbetreibenden gab niemand ein vergleichbar niedriges Haushaltseinkommen an. Die Migrantinnen und Migranten scheitern schneller an Finanzierungshürden und müssen ihre Geschäfte öfter wieder neu gründen. Einer Geschäftsaufgabe folgt aber in der Regel ein höherer Mietpreis für den jeweiligen Gewerberaum, wodurch eine Preis-schranke für bestimmte Geschäftsmodelle entsteht, insbesondere für kleine Gewerbe, die sich an Kundinnen und Kunden mit niedrigem Einkommen richten. Hinzu kommt, dass ein Teil der Unternehmungen von Migrantinnen und Migranten mittlerweile mit Discountern konkurrieren muss. 28 Prozent der Befragten gaben an, zwischen 81 und 100 Stunden die Woche zu arbeiten. Die deutschen Unternehmerinnen und Unternehmer hingegen müssen ungleich weniger arbeiten.

Es ist davon auszugehen, dass sich dieser Prozess in den nächsten Jahren weiter fortsetzen und verstärken wird. Der Austausch der Bevölkerung geht im Westend jedoch nicht so schnell vonstatten wie es im Münchner Glockenbachviertel zu beobachten war. Das liegt daran, dass die zahlreichen Genossenschaftswohnungen im Westend nicht so massiv dem Zugriff des Kapitalmarktes und der Stadtverwaltung ausgesetzt sind. Es bleibt zu hoffen, dass sich die vertriebenen Milieus nicht in den menschenfeindlichen Wohngebieten wiederfinden müssen, die ihnen zgedacht sind. Das Westend war seit seiner Gründung kein schöner Ort, sondern von Anfang an ein Ort der industriellen Ausbeutung. Die Alten am Gollierplatz können von der Metzeler Gummifabrik noch berichten. Umso bedauerlicher, dass gerade für ihre Nachkommen im wohlriechenden und grünflächigen Westend in absehbarer Zukunft kein Platz mehr sein wird.



Florian Feichtmeier  
ist Ver.di-Mitglied und  
lebt und arbeitet in München.

*Eine für das  
Westend typische  
Hinterhofwerkstatt*

#### Literaturverzeichnis:

*Widerstand und  
Verfolgung im  
Münchner Westend  
1933-1945: Ein  
Stadtteilführer, her-  
ausgegeben vom  
Kulturladen  
Westend*

*Deportation von  
Jüdinnen und Juden  
im Westend zwi-  
schen 1933-1945,  
Teil 1; in: Westend-  
nachrichten Nr. 0,  
Mai 2011*

*Deportation von  
Jüdinnen und Juden  
im Westend zwi-  
schen 1933-1945,  
Teil 2; in: Westend-  
nachrichten Nr. 1,  
Juli 2011*